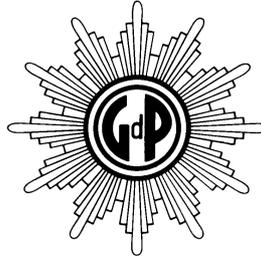


# Pressemeldung



## Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

[gdp-pressestelle@gdp.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp.de)

Berlin, 26. März 2013

Polizei fordert gemeinsames, koordiniertes Vorgehen gegen Diebesbanden

## GdP: Zahl der Wohnungseinbrüche seit 2008 bundesweit um fast 30 Prozent gestiegen

**Berlin.** Die Zahl der vollendeten und versuchten Wohnungseinbrüche in Deutschland hat 2012 nach Erhebungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im vierten Jahr in Folge deutlich zugenommen. Nach Auswertung der bisher veröffentlichten Kriminalstatistiken von 12 der 16 Bundesländer ergeben sich bundesweit etwa acht Prozent mehr Fälle als 2011, wo insgesamt 132.600 Wohnungseinbrüche registriert worden waren. Damit zeichnet sich in diesem Deliktbereich seit 2008 mit damals erfassten 108.300 Fällen ein Anstieg von annähernd 30 Prozent ab. Für Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen und das Saarland liegen die Zahlen für 2012 noch nicht vor.

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut appellierte angesichts des dramatischen Anstiegs der Einbruchszahlen an alle Länder, sich an einem bundesweiten Lagebild zu beteiligen. Der GdP-Chef: „Um den reisenden Diebesbanden polizeilich auf Augenhöhe zu begegnen, ist ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen dringend notwendig. Für den Schutz vor Gelegenheitseinbrechern helfen auch bessere Sicherungsmaßnahmen. Für effektivere polizeiliche Analysen bei der Kriminalitätsbekämpfung muss es zudem statt unterschiedlicher Datenerfassungen in den Ländern endlich bundesweit einheitliche Kriterien geben.“ Im Mai soll das Thema Wohnungseinbrüche auch Thema der Innenministerkonferenz (IMK) sein.

Die Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI berichtet in ihrer April-Ausgabe über eine bundesweit zunächst als Pilotprojekt angelegte Zusammenarbeit zur Abschreckung von Einbrechern in Wohn- und Gewerbeobjekten in Bremen. Dabei werden Türen, Fenster oder Wertgegenstände mit künstlicher DNA (KDNA) markiert. Ziel des 2009 gestarteten Projekts ist es, so der bei der Polizei Bremen verantwortliche Koordinator Jörg Reimann, die Anzahl der verübten Eigentumsdelikte in der Hansestadt messbar zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung deutlich zu erhöhen. Mittlerweile nutzten in Bremen rund 6.000 Haushalte, alle Schulen und einige gewerbliche Betriebe den Diebstahlschutz durch KDNA.

Die GdP fordert zudem bessere steuerliche Anreize zur Sicherung der eigenen vier Wände. Während Vermieter Investitionen in die Sicherheit ihrer Wohnungen bei der Steuererklärung absetzen könnten, blieben Eigenheimbesitzer weitgehend auf den mitunter hohen Materialkosten sitzen. Auch die Einführung eines Einbruchschutz-Förderprogramms mit zinslosen zweckgebundenen Darlehen sei durchaus vielversprechend.

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek – Mobil: 01 72 – 7 12 15 99

Bundesgeschäftsstelle\_Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0) - 113/114/115/116/117

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190